

EUROPA OHNE DIE TÜRKEI

Der Streit und die Beleidigungen gegen Deutschland gehen weiter und die Türkei setzt auf Eskalation. Ministerpräsident Binali Yıldırım forderte Deutschland am Dienstag auf, sich zwischen der Freundschaft zur Türkei und der Unterstützung von Putschisten zu entscheiden. Angesichts des von Ankara ausgesprochenen Besuchsverbots für deutsche Abgeordnete bei der Bundeswehr in Incirlik wird weiterhin eine Verlegung der deutschen Tornados nach Jordanien diskutiert. Yıldırım kritisierte bei einer im Fernsehen übertragenen Fraktionssitzung der Regierungspartei AKP, dass Deutschland mehreren türkischen Soldaten Asyl gewährt habe, die von der Türkei wegen ihrer mutmaßlichen Verwicklung in den Umsturzversuch vom 15. Juli gesucht werden. In der Türkei wird die Bewegung „Fethullah Güdens“ für den gescheiterten Militärputsch vom Juli 2016 verantwortlich gemacht. Deutschland müsste sich zur Türkei bekennen, so die neusten Ausführungen des türkischen Ministerpräsidenten und unser Land müsse sich entscheiden, auf welcher Seite es stünde. Hintergrund ist, dass Deutschland mehreren türkischen Soldaten Asyl gewährt, die in der Türkei von politischer Verfolgung bedroht sind.

Eines dürfte aber jedem Bürger in unserem Land und der restlichen EU inzwischen klar sein, die Türkei darf niemals Mitglied der EU werden und gehört weder kulturell in unsere Gemeinschaft, noch in irgendeiner anderen Art und Weise. Deshalb werden wir Republikaner uns wieder in den kommenden Wahlkämpfen, insbesondere bei der nächsten Europawahl eindeutig gegen eine Mitgliedschaft der Türkei positionieren.

FUSSFESSELN FÜR GEFÄHRDERT

Wie unzureichend die Überwachung von Gefährderten erfolgt, zeigt sich an dem Fall von Said O. (51), der vom Bundeskriminalamt als islamistischer Gefährdeter eingestuft wird. Er gilt als tickende Zeitbombe und lebt seelenruhig in Herford. Von Observationen ist weit und breit nichts zu sehen, so lautet es zumindest in einem Bericht von RTL. In NRW leben rund 250 Gefährdeter, ihnen wird zugetraut, dass sie Terroranschläge in Deutschland planen und ausführen könnten, deshalb müssten sie eigentlich streng überwacht werden. Der 51-jährige Kriegsveteran, der schon in beiden Tschetschenien-Kriegen gegen Russland gekämpft hat, kann sich laut RTL-Recherche völlig frei bewegen. 2001 kam er mit seiner Frau und seinen Kindern nach Deutschland. Weil er Verbindungen zum IS haben soll, fiel er den Behörden schon mehrfach auf. Der Mann aus Herford soll für den bereits verurteilten IS-Terroristen Sebastian B. eine Bezugsperson gewesen sein und diesem auch nach unbestätigten Berichten eine Unterkunft geboten haben. Anfang des Jahres wollte Said O. sogar die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten, welche ihm auf Grund der zweifelhaften Haltung zur deutschen Verfassung verwehrt wird.

WAHLERGEBNISSE UND DEREN ZUVERLÄSSIGKEIT

Als Republikaner kennen wir das Problem und jeder der sich einmal mit dieser Materie befasst hat, wird feststellen, dass die jeweiligen Wahlergebnisse nicht immer der Realität entsprechen. So wie es momentan die AfD erleben darf, so haben auch wir Republikaner bereits leidvolle Erfahrungen damit gemacht. Unvergessen ist die Landtagswahl in Bayern, als unsere Partei bis Mitternacht noch deutlich über 5 Prozent lag und morgens plötzlich auf 4,9998 Prozent rutschte, obwohl fast alle Wahlkreise ausgezählt waren. Das größte Problem sind überwiegend die Personen, die in den Wahllokalen die Stimmzettel auszählen und die Ergebnisse übermitteln. Schnell landet ein Stapel mit Stimmen unter einer anderen Partei oder wird als ungültig erachtet. Es geht aber noch anders und genau das mussten wir in Düsseldorf erleben, als die Übermittlung richtig durchgeführt wurde, aber eine Eintragung der Zahlen in eine falsche Tabelle erfolgte. So geschehen bei vergangenen Kommunalwahlen, als plötzlich die FDP in einem starken Wahlbezirk unserer Partei vor uns lag. Auf Nachfrage beim Wahlamt wurde mitgeteilt, alle Daten wären zutreffend. Als wir gegen das Ergebnis klagen wollten, erschien einen Tag später der Bericht in der Rheinischen Post mit der Überschrift: FDP draußen – REP drin. Auf erneute Nachfrage wurde dann menschliches Versehen dafür eingeräumt. Die Probleme sind eben nicht nur in den einzelnen Wahllokalen, sondern ggf. auch in den Wahlämtern. Die Frage ist nur, wer kann die Ergebnisse, wie überprüfen.

ABGELEHNT, ABER NICHT ABGESCHOBEN

Viele Asylanten erhalten kein Asyl und Bleiberecht, werden aber trotzdem nicht abgeschoben, aus humanitären Gründen dürften viele trotzdem bleiben. Tatsächlich abgeschoben werden die wenigsten von ihnen, wie sich an dem Beispiel der Bundeshauptstadt Berlin zeigt, wo die Zahl der abgelehnten und ausreisepflichtigen Asylanten weiter ansteigt. So waren am 31. März 2017 ganze 11.417 Personen ausreisepflichtig und bei weiteren 40.095 Menschen ist der Asylantrag rechtskräftig abgelehnt worden.

Drei Monate zuvor, am Jahresende 2016, lagen die Zahlen noch bei 10.512, beziehungsweise bei 39.465. Die ausreisepflichtigen Personen kommen überwiegend aus den Balkanstaaten, dem Libanon, Russland und Vietnam, also aus Gebieten in denen kein Krieg herrscht. Obwohl bei ihnen kein Asylgrund vorliegt, werden über 10.000 Menschen weiterhin nicht abgeschoben. Rund 100 Millionen Euro kostet diese Politik den Steuerzahler alleine in Berlin.

KINDERARMUT STEIGT WEITERHIN DEUTLICH AN

In Deutschland steigt nicht nur die Altersarmut, sondern auch die Jüngsten sind zunehmend von dieser Situation betroffen. Die Zahl der Kinder unter 15 Jahren, die länger als vier Jahre von Hartz IV abhängig sind, hat sich von Dezember 2013 bis 2016 dramatisch erhöht. Waren es im Dezember 2015 noch rund 1,54 Millionen, so stieg die Zahl bis Dezember 2016 auf rund 1,6 Millionen. Im Dezember 2013 waren es noch 1,47 Millionen. Trotz wachsender Steuereinnahmen im Milliardenbereich halten die regierenden Altparteien das Ausmaß an Kinderarmut in Deutschland anscheinend nicht für handlungsbedürftig. Lieber werden EU-Pleiteststaaten und Banken mit Milliarden Euro gerettet oder andere Völker unterstützt, während die Not im eigenen Land immer größer wird. Dabei wird schon über Jahre hinweg die Altersarmut ignoriert, nunmehr aber auch die steigende Kinderarmut.

MIETPREISBREMSE OHNE WIRKUNG

Die Mietpreisbremse war wieder ein Blendmittel, um unentschlossene Wähler zu motivieren. Bezahlbare Mieten sollten auch für Normalverdiener in nachgefragten Gegenden möglich sein. Doch seit Inkrafttreten des entsprechenden Gesetzes sind die Mieten in Deutschland noch stärker gestiegen als zuvor. Im Jahr 2016 wurden im Schnitt 7,65 Euro pro Quadratmeter fällig und damit 36 Cent mehr als im Vorjahr. Zwischen 2012 und 2015 steigen die Angebotsmieten pro Quadratmeter dagegen jährlich lediglich um 23 oder 24 Cent. Während die Mieten zwischen 2012 und 2015 damit um insgesamt 10,6 Prozent anwachsen, legten sie allein von 2015 auf 2016 um fünf Prozent zu.

Wie aus einer Ministeriumsantwort hervorgeht, stieg der durchschnittliche Quadratmeterpreis bei Erstvermietungen in Neubauten von 7,73 Euro im Jahr 2012 auf 9,54 Euro im vergangenen Jahr. Das Gesetz zur Mietpreisbremse ist seit Juli 2015 in Kraft. Bis Ende 2016 wurde die Mietpreisbremse in 313 Städten und Gemeinden eingeführt. Sie gilt nur in Gebieten mit "angespanntem Wohnungsmarkt" und diese Gegenden legen die Bundesländer fest.

DIE BOMBE VOR DEM SIKH-TEMPEL IN ESSEN

Drei radikalisierte, muslimische Jugendliche sind für die Bombe am Eingang vor einem Sikh-Tempel in Essen verantwortlich, die drei Menschen verletzte. Am 16. April 16 haben sie, aus Hass gegen andere Religionen, so lautete der Richterspruch in der letzten Woche, geplant eine Bombe vor diesem Tempel, während einer Hochzeitsfeier dort, gezündet. Die drei 17 Jahre alten Täter müssen für mehrere Jahre ins Gefängnis, ihre Jugendstrafe absitzen. Das Landgericht Essen hat zwei Täter wegen versuchten Mordes verurteilt, den in Essen wohnenden Täter zu 6 Jahren und 9 Monaten und den in Gelsenkirchen wohnenden Täter zu 7 Jahren und 3 Monaten. Der in Schermbeck wohnende Täter wurde wegen Verabredung zum Mord zu 6 Jahren verurteilt. Die drei haben Kontakt zur salafistischen Szene unterhalten, auf die direkte Verbindung zur Terrorgruppe IS „Islamischer Staat“ gibt es noch keine eindeutigen Hinweise. Dass heute, begangene Straftaten von Zuwanderern und Personen mit Migrationshintergrund verurteilt werden, ist auch ein Verdienst der hartnäckigen Anti-Realitätsverweigerer-Politik der Republikaner.

WERDEN SIE JETZT REPUBLIKANER!

Werden Sie Mitglied und Unterstützer unserer Partei. Unser Land hat viele Zuschauer, aber besonders heute ist es wichtiger denn je, dass mehr Menschen ihren Anteil zu zwingend notwendigen Veränderungen leisten. Jeder kann sich einbringen, entweder als aktives Mitglied oder als passiver Unterstützer. Sie sind dann Republikaner und Teil einer Oppositionskraft, die sich primär für die Interessen unserer Bevölkerung und für den Erhalt unserer Identität und Kultur einsetzt. **Einen Aufnahmeantrag finden Sie auf Seite 4 oder <http://www.rep.de/mitglied-werden>.**



Spenden für
Deutschland >



Unterstützen Sie unsere Arbeit mit einer Spende

Spendenkonto: DIE REPUBLIKANER (REP) Postbank Dortmund,
IBAN:DE60440100460387450460 BIC: PBNKDEFFXXX

Sie haben Fragen? bund@rep.de

Informieren Sie sich über unsere Arbeit

Ich möchte mehr über die Partei erfahren.

Bitte laden Sie mich zu einer Veranstaltung ein.

Ich möchte Mitglied werden.

VERANSTALTUNGEN

- **Heidelberg:** einmal im Monat. Informationen unter heidelberg@rep.de oder 0157/30663871.
- **Karlsruhe Land:** Regelmäßige politischer Stammtische. Weitere Informationen unter 07254-72375.
- **München:** Stammtisch mit Infoveranstaltung jeden zweiten Dienstag im Monat ab 19 Uhr im Gasthof Zum Goldenen Roß, Rosenheimer Str. 189, 81671 München. Näheres unter 089/2158367.
- **Erding:** Stammtisch jeden dritten Freitag im Monat ab 19.30 Uhr beim Lindenwirt in Erding/Bergham (Nähe S-Bahn-Station Aufhausen). Regelmäßige Infostände in Erding, Dorfen und Taufkirchen; Info unter Tel. 08083/8717.
- **Nürnberger Land:** Stammtisch jeden vierten Samstag im Monat ab 19.30 Uhr, Gaststätte „Zum Goldenen Stern“, Nürnberger Str. 7, 91224 Pommelsbrunn. Info unter 01522-2624313.
- **Kissing:** Jeden ersten Montag im Monat (außer August) findet ein politischer Stammtisch statt. Beginn 19.30 Uhr, Gaststätte Relax't, Peterhofstr.15, 8438 Kissing.
- **Forchheim:** In Forchheim führen die Republikaner einen monatlichen Stammtisch durch. Interessenten mögen sich bitte bei dem Bezirksvorsitzenden und REP-Kreisrat Herrn Noffke melden: 09191/31880.
- **Frankfurt am Main:** Politischer Stammtisch am ersten Dienstag im Monat. Info: 069/522500.
- **Kassel:** Tel. 0661/603746, vierwöchentliches Informationstreffen.
- **Düsseldorf:** Monatlicher Informationsabend des REP-Kreisverbandes: duesseldorf@rep.de oder Tel./Fax 0211-6022383.
- **Köln:** Monatliche Informationsveranstaltungen; Einladung schriftlich über den Kreisverband: koeln@rep.de.
- **Aachen:** Politischer Informationsabend jeden ersten Freitag im Monat um 18 Uhr. Näheres unter nrw@rep.de.
- **Wuppertal:** Monatlicher Stammtisch, Einladungen erfolgen schriftlich. Kontakt unter: wuppertal@rep.de.
- **Bochum:** Monatlicher Informationsabend / Ruhrstammtisch. Kontakt unter: bochum@rep.de.
- **Essen:** Monatlicher Informationsabend der Republikaner in Essen. Interessierte können sich über nrw@rep.de melden.
- **Dortmund:** Monatlicher Informationsabend: Kontakt unter dortmund@rep.de.
- **Ostwestfalen-Lippe:** Jeden ersten Montag im Monat, um 20.00 Uhr, in Herford. Informationen unter nrw@rep.de.
- **Mettmann:** Am 21. Juni 2017 führen die Republikaner eine Informationsveranstaltung durch. Beginn: 19.00 Uhr. Interessenten können Sie über Email bei uns melden: nrw@rep.de
- **Vogtland:** Ab Juni führen die Republikaner im Vogtland monatliche Informationsveranstaltungen durch. Einladungen erfolgen schriftlich und können bis zur Fertigstellung einer eigenen Internetseite über den Bund erfragt werden. Bitte Änderungen oder weitere Veranstaltungen der Bundesgeschäftsstelle mitteilen.

Antrag auf Mitgliedschaft

Sie können diesen Antrag in Acrobat ausfüllen und dann ausdrucken oder ausdrucken und dann per Hand ausfüllen (bitte in Blockschrift). Den ausgefüllten Antrag senden Sie bitte per Post an folgende Adresse:

DIE REPUBLIKANER (REP)
Bundesverband
Postfach 870210
13162 Berlin



Ich bin dabei!

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen der Republikaner und ihrer Satzung. Ich sehe in der Verteidigung des freiheitlich demokratischen Rechtsstaates gegen innere und äußere Feinde eine der wichtigsten politischen Aufgaben. Das unterstreiche ich durch folgende Erklärung: Ich werde mich stets für folgende Verfassungsgrundsätze besonders einsetzen und sie verteidigen. 1) Das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier und geheimer Wahl zu wählen; 2) Die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetzgebung und Recht; 3) Das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition; 4) Die Ablösbarkeit der Regierung und ihrer Verantwortung gegenüber der Volksvertretung; 5) Die Unabhängigkeit der Gerichte; 6) Der Ausschluß jeder Gewalt- und Willkürherrschaft; 7) Die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte.

E-Mail: bund@rep.de

Titel, Vorname, Nachname _____

Straße, Hausnummer _____

Postleitzahl _____ Wohnort _____

Telefon _____ Telefax _____

E-Post _____

Konfession / Beruf / Tätigkeit _____ Geburtsdatum _____

Frühere Parteimitgliedschaft in ... /von > bis; Mitgliedschaft in Gewerkschaften/anderen Vereinen _____

Datum / Unterschrift _____

Bitte senden Sie mir die Parteizeitung per Post
 Ich möchte den Infobrief der REPUBLIKANER per E-Post beziehen

Betrag (€ pro Monat) _____ Zahlungsart Überweisung Lastschrift Zahlungsrhythmus jährlich halbjährlich

Beitrag mind. 10,00 € monatlich, bzw. 5 € für Rentner, Azubis, Arbeitslose, Studenten, Personen mit geringem Einkommen. Die Aufnahmegebühr beträgt 10 €.

Erteilung eines SEPA-Lastschriftmandates

Hiermit ermächtige ich die Republikaner, vertreten durch den empfangsberechtigten Landesverband, widerruflich von unten genanntem Girokonto, die von mir zu entrichtenden Beiträge im Lastschriftverfahren (Bankabbuchung) einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von den Republikanern eingezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von 8 Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit dem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Vor dem ersten Einzug einer SEPA-Basis-Lastschrift werden mich Die Republikaner über den Einzug in dieser Verfahrensart unterrichten.

Kreditinstitut _____ BIC/Swift-Code _____

IBAN _____

Datum / Unterschrift _____

| Aufnahmeantrag angenommen | | | | Interne Bearbeitung |
|--|--|---|---|---|
| Kreisverband <hr/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> <hr/> Unterschrift | Bezirksverband <hr/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> <hr/> Unterschrift | Landesverband <hr/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> <hr/> Unterschrift | Bundesverband <hr/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> <hr/> Unterschrift | Datum EG EDV Ausw. Mitgl.nr. |